

Notizen

Bei einem Treffen zwischen Vertretern des *Vatikan*s und des *Moskauer Patriarchats* Anfang März in Genf ergaben sich gewisse Zeichen für eine *Entspannung* des seit Monaten schwer belasteten Verhältnisses zwischen katholischer und russisch-orthodoxer Kirche. Nach dem gemeinsamen Kommuniqué wurden die Gespräche „in großer Offenheit und Ehrlichkeit“ geführt, wobei beide Seiten in der Frage der „unierten“ Kirchen und der pastoralen Strukturen der katholischen Kirchen im Bereich der russischen Orthodoxie ihre unterschiedlichen Standpunkte darlegten. Künftig, so ein Ergebnis des Genfer Treffens, wollen sich die jeweils territorial Verantwortlichen der beiden Kirchen konsultieren, bevor pastorale Projekte in Angriff genommen werden. – Die orthodoxen Kirchen insgesamt haben bei einem Treffen ihrer Oberhäupter in Konstantinopel Mitte März nicht für einen Abbruch des Dialogs mit der katholischen Kirche votiert, aber gleichzeitig mit aller Deutlichkeit auf die aus ihrer Sicht den Dialog massiv belastenden Faktoren (Unierte, katholische Mission in orthodoxen Gebieten) hingewiesen. (Im nächsten Heft werden wir ausführlicher auf das orthodoxe „Gipfeltreffen“ am Sitz des Ökumenischen Patriarchats eingehen.)

Ökumenische Gottesdienste sollten auch am Sonntagmorgen erlaubt sein, appellierte jüngst der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof *Klaus Engelhardt*, an die deutschen katholischen Bischöfe und den Vatikan in einem Interview mit dem evangelischen Pressedienst. Dies sei ein seelsorgliches Problem ersten Ranges, besonders auch im Hinblick auf die zunehmende Zahl von konfessionsverschiedenen Ehen. Menschen, die in ihrer Kirche tief verwurzelt seien, gerieten durch die Verweigerung einer gemeinsamen Feier des Abendmahles in große innere Konflikte. Dagegen erklärte der Hildesheimer Bischof *Josef Homeyer* bei einer Tagung der Gemeinsamen Arbeitsgruppe des Ökumenischen Rates der Kirchen und des Vatikan in Hannover, er habe Verständnis dafür, wenn es evangelische Christen schmerze, daß die katholische Kirche an ihrem Verbot ökumenischer Gottesdienste am Sonntagvormittag festhalte. Es könne aber auch andererseits zu Verletzungen führen, wenn die evangelische Seite mit großer Ungeduld auf die Zulassung solcher Gottesdienste dränge.

Die geplante und zum Teil schon erfolgte Überführung der evangelischen Kirchlichen Hochschulen in West- und Ostberlin, Leipzig und Naumburg in Theologische Fakultäten haben die Kirchlichen Hochschulen im Westen und Osten Deutschlands unlängst in einer gemeinsa-

men Erklärung kritisiert. Die Kirchliche Hochschule in Berlin-Zehlendorf soll Ende des Jahres der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität angeschlossen werden. Die Ost-Berliner Kirchliche Hochschule ist bereits aufgelöst. Mit der Gründung der Kirchlichen Hochschulen habe die evangelische Kirche die bewußte Entscheidung getroffen, die Verantwortung für die theologische Wissenschaft und die theologische Ausbildung nicht allein dem Staat zu überlassen. Das Nebeneinander von Kirchlichen Hochschulen und Theologischen Fakultäten habe sich bewährt, unterstreicht die Erklärung.

Als „politische Wertegemeinschaft mit christlicher Tradition“ hat Staatssekretär *Reinhard Göhner*, Vorsitzender der CDU-Grundsatzkommission, seine Partei bezeichnet. In einem epd-Interview (10. 3. 92) sagte Göhner, in der Kommission, die über eine Fortschreibung des *CDU-Grundsatzprogramms* berät, sei man sich darin einig, daß nicht nur die Partei, sondern die Gesellschaft überhaupt einer christlichen Grundlage und Wertetradition bedürfe. Die Tatsache, daß sich eine Entkirchlichung feststellen lasse und die Kirchen selbst in einer Krise steckten, dürfe eine politische Wertegemeinschaft nicht dazu veranlassen, „sich einer vermeintlichen Tendenz windschnittig anzupassen“. Man müsse aktualisieren, was das „C“ im Parteianamen in der heutigen Zeit bedeute.

In einem Brief, der Anfang März in den Gottesdiensten verlesen wurde, wandten sich die Bischöfe *Böhmens und Mährens* an die während der kommunistischen Diktatur geheim geweihten Priester. Ein Teil dieser „Untergrundpriester“ ist verheiratet; angeblich sollen auch einige Frauen geheim geweiht worden sein. In dem Brief der Bischöfe heißt es, das Ende der Unterdrückung der Kirche in der ČSFR mache es notwendig, daß der Ausnahmezustand einer Geheimkirche beendet und die Tätigkeit der betreffenden Priester wieder von den Bischöfen kontrolliert werde. Die geheim geweihten Priester und Bischöfe sollten sich bei den Diözesanbischöfen melden. Es dürfe kein „doppeltes Priestertum“, keine „doppelten Gottesdienste und Sakramente“ und keine „doppelte Verkündigung des Evangeliums“ geben. Die Tätigkeit der „Geheimpriester“ müsse Teil der öffentlichen Seelsorge der Kirche werden; über ihren Einsatz werde entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrer Berufung sowie nach dem Bedarf der Kirche entschieden. Über die Gültigkeit der Weihen der „Untergrundpriester“ werde, so die böhmischen und mährischen Bischöfe, die römische Glaubenskongregation Entscheidungsrichtlinien vorlegen. Einen ähnlichen Appell richteten unlängst

auch die slowakischen Bischöfe an die „Geheimpriester“.

Ein offener Briefwechsel zwischen einer Gruppe Angehöriger des britischen Ober- und Unterhauses und dem Erzbischof von Canterbury, *George Carey*, hat (vgl. *Church Times*, 28. 2. 92) in England große Aufmerksamkeit gefunden. Die Parlamentarier forderten von Carey angesichts einer Kirche, die aufgrund ihrer vielen Veränderungs- und Anpassungsversuche vom Verlust des rechten Weges bedroht sei, eine „klare und eindeutige moralische Führung“. Mit dem Hinweis auf mögliche negative Auswirkungen auf den ökumenischen Dialog baten sie zudem, die Debatte über die *Frauenordination* für zehn Jahre auszusetzen. Besonders sei aber auf die verzweifelten Stimmen aus den anglikanischen Kirchen in den USA, Kanada und Australien zu hören, die mit dem Blick auf die eigenen verheerenden Spaltungen und Trennungen, vor dem „Glaubensabfall der Bischöfe in ihrer Mutterkirche“ warnten. Carey entgegnete, der vorherrschend ängstliche und hoffnungslose Tonfall der Briefe sei für die augenblickliche Situation der Kirche von England nicht angemessen. Zur Frauenordination betonte der Erzbischof von Canterbury den breiten Konsens darüber, daß es widersprüchlich und schädlich wäre, wenn die Kirche einerseits den Emanzipationsprozeß von Frauen in der Gesellschaft befürworte, selbst aber die Ordination für sie ablehne. Die Debatte um eine Lösung in dieser Angelegenheit lasse sich nicht für zehn Jahre unterbrechen.

Entwicklung bezeichnete der Bischof von Limburg, *Franz Kamphaus*, als das sicherste und moralisch einwandfreieste, geradezu geforderte Mittel zur Empfängerregelung. Gerade unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten gebe es keinen Ersatz für eine armuts- und armenorientierte Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik. In einem Text, den die Frankfurter Allgemeine Zeitung (9. 3. 92) veröffentlichte, meinte Kamphaus, Überbevölkerung habe ihren tiefsten Grund in Unterentwicklung und Armut. Die Kirche solle die ethische Problematik des Bevölkerungszuwachses eher von der sozial- als von der sexualethischen Seite angehen. Was ihre Haltung zu chemischen oder mechanischen Mitteln zur Empfängerregelung betrifft, wäre – so Kamphaus – „zu wünschen, daß das kirchliche Lehramt das ganze Spektrum verantwortlich gelebter Elternschaft im Blick behielte“.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe ist eine Verlegerbeilage beigelegt.